

Erste
Dienstag
Donnerstag
Samstag
und
Sonntag.
—
Bestellpreis
pr. Quartal
im Bezirk
Nagold
90 S.
außerhalb
M. 1.—

Einzel-
ungpreis
1. Ältensteig
und nahe
Umgebung
bei einem
Einrückung
8 S. bei
mehrmol.
je 6 S.
außerwärts
je 8 S. die
1/2 Palet. Zeit.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 9. Dez. Fortsetzung der 1. Beratung des Gesetzes betr. die deutsche Flotte. Abg. Schumacher (natl.): Meine politischen Freunde haben nach eingehenden Beratungen einstimmig beschlossen, sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen. Der dermalige Stand der Flotte entspricht den Bedürfnissen nicht, weder für den Küstenschutz noch für unsere auswärtigen Interessen. Der geschweherte Weg ist der beste, um den bisherigen Schwankungen ein Ende zu machen. (Beifall.) Redner zollt der maßvollen und sachlichen Rede des Abg. Dr. Lieber große Anerkennung und wendet sich gegen die Ausführungen Schönkants. Man könne nicht von einer übergroßen Romantik sprechen, sondern nur von einem starken Verantwortlichkeitsbewußtsein der Regierung vor der Geschichte. (Beifall und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Redner verweist dem Abg. Richter gegenüber auf die Vorgänge in Haiti, welche vorbildlich seien für praktische Politik. Ein unmittelbarer physiologischer Zusammenhang besteht zwischen der Machtstellung eines Staates und seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Deutschland nehme unter allen Ländern der Welt die zweite Stelle im Exporthandel ein. Um diesen zu wahren, bedürfen wir einer starken Flotte. Besonders ins Auge zu fassen sei die für uns gefährliche Handelspolitik Englands. Gegen die Intentionen Nordamerikas bedürfe man vielleicht bald des Zusammenschlusses aller Staaten des Kontinents. Diejenigen vertreten die Interessen der Arbeiter schlecht, welche gegen das Gesetz stimmen, da Deutschland immer mehr darauf angewiesen sei, seinen Bürgern im Inland Verdienst zu verschaffen. (Widerspruch links.) Allerdings handle es sich um eine Alternat, aber liege nicht bei der Bewilligung größerer Eisenbahnbauten und dergl. genau dasselbe vor? In der Frage der Landesverteidigung seien die verschiedenen Parteien anderer Länder immer einig. Auch das deutsche Volk werde nicht anstehen, die für die Größe und Macht des Vaterlandes nötigen Mittel bereit zu stellen. Auch vor vielleicht notwendig werden den neuen Steuern würde man nicht zurückschrecken. Redner empfiehlt schließlich eingehende Kommissionsberatung. Abg. Haller (deutsche Vp.): Wir halten die Flotte nur von sekundärer Bedeutung. Kanonen können keine neue Absatzgebiete eröffnen. Eine größere Flotte werde mehr Schaden als Nutzen. Neue Steuern werden nicht zu umgehen sein. Herrn Miquels drohende Gestalt hat sich jetzt schon hier gezeigt. In Süddeutschland ist die Stimmung trotz aller wandernder Marinepostel eine durchaus gelassene. Die Flotte lebt von der Hand in den Mund, sagte der Reichskanzler, aber dieser Mund wird immer größer. Abg. Zimmermann (Ref.-P.): Wir halten für notwendig, daß der Reichstag in eine wohlwollende Prüfung der Vorlage eintritt; wir sind bereit, diejenigen Opfer zu bringen, die nötig sind zur Wahrung der Macht und Ehre Deutschlands; insbesondere halten wir eine Verstärkung der Schlachtflotte für wünschenswert, aber bei der schlechten Finanzlage der Bauern und Handwerker müssen wir uns fragen, ob es wirtschaftlich möglich sein wird, die Vorlage, so wie sie ist, anzunehmen. Die Vorlage biete zunächst nur der Großindustrie Vorteile. Der Bauer ist durchweg gegen neue Ausgaben zugunsten der Flotte. Als ein Stimmungsbild, wie man in bäuerlichen Kreisen denkt, verliest Redner den Brief eines Bauern, worin besonders das Verlangen ausgedrückt wird, das Großkapital möge selbst einmal in die Kasse greifen. In der Kommission werde die Partei des Redners sehen, ob sich alle Bedenken gegen die Vorlage beseitigen lassen. Die Majorität derselben werde wohl für eine geläuterte Vorlage stimmen können. Abg. Hilpert (bayr. Bauernb.) behält sich für sich und seine Freunde die Entscheidung noch vor, und er erwartet Erklärungen der Regierung darüber, auf welche Weise die Mittel für die Ergänzung der Flotte beschafft werden sollen.

Seine Partei habe schwere Bedenken, besonders in finanzieller Hinsicht. Wolkenuhr (Soz.) geht des näheren auf die Denkschrift betr. die Interessen des deutschen Reiches ein. Die großen Rheber mögen doch ihre eigenen Schiffe im Inland bauen lassen. Redner vergleicht die Verhältnisse der Handels- und Kriegsmarine Deutschlands und Englands. Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (konf.) glaubt, daß die Aussichten für das Durchbringen der Vorlage gestiegen seien, besonders durch die entgegenkommende Vertretung seitens der Regierung; auch habe die entschiedene Sprache des Staatssekretärs des Meeres die patriotische Temperatur wesentlich erhöht; übrigens würde die Bedeutung der Marine für einen zukünftigen Krieg zumeist unterschätzt werden. Man könne die Vorlage so annehmen, wie sie ist. Ueber etwaige Änderungsvorschläge ließe sich ja reden. **Der Antrag auf Ueberweisung an die Budgetkommission wird angenommen.** — Auf eine Interpellation Bassermanns (natl.), welche Maßregeln die Regierung ergreifen werde, um den auf die Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels gerichteten Bestrebungen der „Standard-Oil-Company“ entgegenzutreten, erklärte Rosadowsty, die Reichsregierung begünstige die Konkurrenz des deutschen Spiritus mit Petroleum. Hoffentlich werde es bald gelingen, die Spirituslampe zu verbessern. Im preussischen Eisenbahnministerium sei auch die Herabsetzung der Eisenbahnfrachten für russisches Petroleum verhandelt worden. Diese Verhandlungen sind zu einem gewissen Abschluß gekommen. Ferner käme gegen das amerikanische Petroleum eine Zollhöhung in Frage. Die Reichsregierung werde gegen die Mißbräuche der Standard-Oil-Company rücksichtslos vorgehen und sofort die angebotenen Mittel ergreifen. (Beifall.)

**Württembergischer Landtag
Kammer der Abgeordneten.**

* Stuttgart, 9. Dez. (170. Sitzung.) L.-D.: Erste Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betr. die Bestellung und die Amtsobliegenheiten der Ortsvorsteher und der Verwaltungsaktiare. — Am Regierungstisch: Minister v. Fischel und Oberregierungsrat Maginot. — Der Präsident eröffnet die Sitzung um 3¹/₄ Uhr. Die wesentlichsten Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes sind folgende: Die Ortsvorsteher werden künftig auf einen Zeitraum von 10 Jahren gewählt. Wird ein Ortsvorsteher nach Ablauf der Wahlperiode nicht wieder gewählt, so hat er nach Vollendung einer mindestens 20jährigen Gesamtdienstzeit als Ortsvorsteher Anspruch auf lebenslänglichen Ruhegehalt. Hat derselbe keine 10jährige Dienstzeit, so erhält er Ruhegehalt nur während der nächsten 3 Jahre. Die vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes gewählten Ortsvorsteher haben ihr Amt niederzulegen, sobald sie daselbe 10 Jahre bekleidet haben und seit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes 3 Jahre verfloßen sind. Wird der Ortsvorsteher bei der hierauf oder nach Ablauf einer folgenden Wahlperiode stattfindenden Wahl nicht wieder gewählt, so ist ihm ein lebenslänglicher Ruhegehalt in der vollen Höhe der bezogenen festen Besoldung zu gewähren. (Rebenämter kommen nicht in Betracht.) Der Abschnitt II des Gesetzes handelt von der Beschränkung der Amtsobliegenheiten der Ortsvorsteher. Es soll hiedurch eine teilweise Entlastung der Ortsvorsteher herbeigeführt werden, namentlich in Hinsicht auf die Ausübung der polizeilichen Strafgewalt. In Gemeinden mit über 10000 Einwohnern wird ein besonderer Hilfsbeamter für die polizeilichen Befugnisse aufgestellt. Es können sodann die Ortsvorsteher künftig die Fortführung des Gerichtsvollzieherdienstes ohne Zustimmung der bürgerlichen Kollegien ablehnen. Durch Abschnitt III „Besorgung des Gemeinderchnungswesens“ wird sodann die Stellung der Verwaltungsaktiare anderweitig geregelt. Für diejenigen Gemeinden, in welchen nicht die Ortsvorsteher die Stelle der Rech-

nungsverständigen bekleiden, werden die erforderlichen Verwaltungsaktiare durch die Amtsversammlung bestellt. Es werden hierzu die in Betracht kommenden Gemeinden in Verwaltungsbezirke eingeteilt, für deren jeden ein Verwaltungsaktiar zu bestellen ist. Der IV. und letzte Abschnitt enthält Uebergangs- und Schlußbestimmungen. — Abg. Schumacher: Man betrete mit dem Eintritt in die Beratung des Entwurfes ein wichtiges Gebiet. Schon lange frage das Volk, wann endlich einmal die Lebenslänglichkeit abgeschafft werde. Die Volkspartei sei mit dem Entwurf im allgemeinen einverstanden. Auch die Ortsvorsteher nehmen namentlich eine mehr sachliche Stellung ein und beschränken sich darauf, die Wahrung der „wohlerworbenen Rechte“ zu verlangen. Im einzelnen will die Volkspartei die Wahlzeit auf 8 Jahre heruntergesetzt haben und verlangt zur vollen Pension eine Gesamtdienstzeit von 24 Jahren. Mit den „wohlerworbenen Rechten“ sei es nicht so, wie die Herren Ortsvorsteher glauben machen wollen. Wenn alle Bezüge aus Nebenämtern der Ortsvorsteher bei der Pension berücksichtigt würden, so käme man zu hohen Summen. Der Staat könne die Rechtsverhältnisse im allgemeinen Interesse ändern. Das was die Regierung als Entschädigung bietet, genüge. — Abg. Rembold: Gegen die Abschaffung der Lebenslänglichkeit werde niemand etwas einzuwenden haben. Er wolle deshalb gleich die Frage der wohlerworbenen Rechte besprechen. In dieser Hinsicht stehe er mit seinen politischen Freunden nicht auf dem Standpunkt der Volkspartei. Das vertragmäßige Recht der jetzigen Ortsvorsteher ist zu achten und volle Entschädigung zu gewähren, wenn das Gesetz rückwirkende Kraft erhalten soll. — Abg. Hartranft-Freudenstadt geht auf die bekannte Resolution der württembergischen Ortsvorsteher ein, die ausspricht, daß jetzt vor der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches die ungünstigste Zeit zu einer Aenderung sei. Scharf kritisiert Redner sodann die Regierungsvorlage, insbesondere die rückwirkende Kraft derselben. Man dürfe die Ortsvorsteher nicht einfach auf die Straße setzen. Die wohlerworbenen Rechte müssen billigerweise geschützt werden. In dieser Richtung richtet Redner einen Appell an das Haus. — Abg. Krug tritt für eine volle Entschädigung der Ortsvorsteher ein. Der Zeitpunkt zur Abschaffung der Lebenslänglichkeit sei nicht geeignet; die Hoffnungen, die darauf gesetzt werden, werden nicht alle erfüllt werden. — Abg. Pfaff würde es lieber sehen, wenn die rückwirkende Kraft des Gesetzes nicht ausgesprochen würde, noch besser würde es sein, wenn volle Entschädigung einschließlich der Nebenbezüge gewährt werden würde. Eine Wahlperiode von zehn Jahren sei angezeigt. Es wäre ungewöhnlich, wenn lebenslängliche und andere Ortsvorsteher neben einander bestehen würden. — Abg. Sachs ist mit dem Abg. Schumacher nur in der Richtung einverstanden, daß er anerkennt, daß es sich heute um eine wichtige Vorlage handelt. Die Forderung der Abschaffung der Lebenslänglichkeit werde verlangt und sei im Prinzip anzuerkennen. Die Zeit hierzu sei aber sehr ungünstig jetzt kurz vor Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches. So lange sollte man zuwarten. Redner geht dann ausführlich auf die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes ein, welche er im einzelnen kritisiert. Die Wahrung der wohlerworbenen Rechte sei eine Forderung der Gerechtigkeit. — Abg. Klotz anerkennt, daß die Ortsvorsteher in der Mehrzahl ihre Pflicht erfüllen. Eine entsprechende Entschädigung müsse allerdings gewährt werden, der Entwurf gebe aber darin zu weit. Eine Rückwirkung des Gesetzes hält er für zweckmäßig. — Abg. Sommer steht auf dem Standpunkt seiner Parteifreunde vom Zentrum. — Minister v. Fischel betont, daß die Abschaffung der Lebenslänglichkeit allseitig gewünscht worden sei, selbst die Ortsvorsteher widerstreben nicht länger. Verwundert ist der Minister darüber, daß die rückwirkende Kraft des Gesetzes so heftig angegriffen werde. Es habe sich im Juli 1895 doch die Kammer

Altensteig.

Zu Weihnachts-Geschenken

empfehle ich mein großes Lager in

Haushaltungs- & Küchenartikeln

als:

Waschmaschinen
 Waschmangeln
 Waschwindmaschinen
 Saftpresen
 Fleischhackmaschinen
 Nudelschneidmaschinen
 Spaziermaschinen
 Buttermaschinen
 Messer- u. Gabelputzmaschinen
 Mandelreiber
 Erdölherde
 Gewürzmühlen
 Kaffeemühlen
 Kaffeeröster
 Bohnenschneider
 Bohnenhöbel
 Krant- und Rettighöbel
 Hack- und Wiegemeßer
 Bügeleisen
 Tischbestecke

Korkzieher
 Tischwagen und Gewichte
 Zeigerwagen
 Briefwagen
 Schirmständer
 Blumentische
 Kinder Schlitten
 Schlittschuhe
 Bettflaschen
 Brief- und Schlüsselkasten
 Kaffee- und Servierbretter
 Brotkapseln
 Küchenbüchsen
 Salztönnen
 Gewürzschränke
 Email. Geschirre
 in weiß, blau, grau, neublau,
 kupferrot und decoriert
 Wassergölten
 Wassereimer

Gemüseschüsseln
 Gemüseplatten
 Salatbecken
 Teller und Tassen
 Kaffee- und Milchkannen
 Kaffeemaschinen
 Milchträger
 Waschgarnituren
 Gußeiserne und gußemailierte
 Kochgeschirre
 Gansbräter
 Waffeleisen
 Bratpfannen
 Messingpfannen
 Feuergeräte
 Kohlenfüller
 Kohlenkasten
 Zuglampen
 Hängelampen
 Tischlampen.

Besonders geeignet für Knaben:

Laubsägekartons, Laubsägekästen, Werkzeugkästen etc.

PAUL BECK.

Dr. Lindenmeyer's Salus-Bonbons

sind das wirksamste Mittel gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimungen, Störungen der Verdauung etc. Zu haben in Beuteln à 25 und 50 Pfg., sowie in Schachteln à 1 Mk. bei: Cond. Fr. Flaig und Cond. C. Schumacher.

Dankagung.

Seit einem Jahr litt ich an einer Flechte am rechten Fuß. Dieselbe war bald trocken, bald auch wieder nässend und verursachte mir entsetzliches Krimmen und Jucken. Da ich andere Hilfe nicht zu finden wußte, wandte ich mich endlich an den homöopathischen Arzt Herrn Dr. med. Hope in Görlitz. Dieser heilte das langwierige Uebel in wenigen Wochen, wofür ich meinen herzlichsten Dank hierdurch ausspreche. (gez.) Pauline Joachim in Reuhammer.

Laubsäge-Holz

pr. □ Mtr. von Mk. 1.— an
 Vorlagekatalog und Preisliste
 über alle Laubsäge-Utensilien gratis.
 G. Schaller & Comp.
 Konstant, 3 Marktstraße 3.

Millionen trinken Seelig's Korn- & Malz-Kaffee.

empfohlen durch Herrn
Doctor Lahmann
 Weisser Hirsch, Dresden.

Nur das Gute bricht sich Bahn!

Bester & billigster Ersatz für Bohnen-Kaffee. oder bester Zusatz zum Bohnen-Kaffee.

PATENTE:
 in Deutschland No. 82 744,
 in Oesterreich No. 45 2418, 44 902,
 in Belgien No. 113 005, 116 035,
 in Frankreich angemeldet.

Emil Seelig A.-G., Heilbronn a. N.

Rheumatismus und Asthma.

Seit 20 Jahren litt ich an dieser Krankheit so, daß ich oft wochenlang das Bett nicht verlassen konnte. Ich bin jetzt von diesem Uebel (durch ein australisches Mittel Eucalyptus) befreit und sende meinen leidenden Mitmenschen auf Verlangen gerne umsonst und postfrei Broschüre über meine Heilung.
 Klingenthal i. Sachl.

Ernst Hef.

Altensteig.
 Einen noch gut erhaltenen
Ofen samt Vorherd und Ofenstein
 hat billig abzugeben
 G. Kirn, Maurermeister.

Eigenbauern. In Fuhrmanns, Schäfer- und Metzgerhemden

ist wieder eine neue Sendung in bekannt guter Qualität und Façon eingetroffen und empfehle solche zu geneigter Abnahme bestens

J. Kallenbach.

Asthma
 (Atemnot) findet schnelle und sichere Linderung beim Gebrauch von **Dr. Lindenmeyer's Salus-Bonbons**. In Beuteln à 25 und 50 Pfg. sowie in Schachteln à 1 Mk. bei Cond. Fr. Flaig und Cond. C. Schumacher.

Für Hustende

beweisen über 1000 Zeugnisse die Vorzüglichkeit von **Kaiser's Brust-Caramellen**

(wohlschmeckende Bonbons) sicher und schnell wirkend bei Husten, Heiserkeit, Katarrh und Verschleimung. Größte Spezialität Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz. Per Taf. 25 Pfg.

Niederlage bei **Fr. Flaig in Altensteig.**

Gestorben Auswärts:

Johanna Bläicher, geb. Bernhardt, Freudentadt; Ernst Hermann, Kaufmann, Stuttgart; Otto Banner, sen., Kaufmann, Stuttgart; f. d. d. Baurat Fischer, Wallerstein.

Altensteig. Schranzen-Zettel vom 8. Dezember 1897.

Dinkel neuer	7 15	7 08	7 —
Haber	7 —	6 73	6 35
Berke	9 —	8 88	8 65
Roggen	—	9 25	—
Weißkorn	—	6 —	—
Bohnen	—	6 70	—

Virtualistenpreise.

1/2 Kilo Butter	—	—	1 —
2 Eier	—	—	14 4
Calw, 8. Dezember 1897.			
Kernen neuer	10 50	10 30	10 10
Berke neue	—	9 20	—
Neuer Dinkel	7 40	7 28	7 10
Haber neuer	7 20	6 24	5 —
Bohnen	7 50	7 20	7 —

Hierzu 1 Beilage betr. Schirme-Empfehlung von G. Moser, Nagold.